



Stadtverordnetenfraktion Maintal  
c/o Peter Arendt  
Fechenheimer Weg 67  
63477 Maintal

Maintal, 09.03.2010

## **Maintaler Grünen halten die Haushaltssituation in Maintal für bedrohlich**

**In ihrer diesjährigen Haushaltsklausur haben sich die Maintaler Grünen unter Beteiligung der neu hinzu gewonnenen Mitglieder ausführlich mit dem Haushaltsentwurf 2011 des Magistrates beschäftigt. Die Haushaltslage der Stadt Maintal weist ein voraussichtliches Defizit von 6,9 Mio. € für 2011 und in den jeweiligen Folgejahren in der gleichen Größenordnung aus. Damit wäre das Vermögen der Stadt in fünf Jahren aufgebraucht. „Um diesen Zeitpunkt möglichst weit hinauszuschieben, müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um zusätzliche Einnahmen zu erreichen. Gleichzeitig müssen Einsparungen vorgenommen werden. Das Vorgehen des Magistrates mit der Haushaltskonsolidierung bietet dazu eine gute Basis,“ stellt Peter Arendt, Fraktionsvorsitzender der Grünen, fest.**

Die kommunalen Haushalte in fast allen Gemeinden in Hessen stehen vor dem Kollaps. Dabei sind die Defizite der Haushalte meist nicht hausgemacht, wie auch die Eckdaten des Maintaler Haushaltes zeigen. Hauptursachen sind die immer größeren Aufgaben, die von Bund und Land an die Kommunen delegiert werden. Gleichzeitig versucht das Land seinen eigenen Schuldenberg zu verringern, in dem die Kommunen immer geringere Schlüsselzuweisungen erhalten. Allein der kommunale Finanzausgleich verringert sich in Maintal von 2009 auf 2011 um 2 Millionen Euro. Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Kompensationsumlage erhält Maintal 2011 insgesamt 2,5 Millionen Euro Zuweisungen weniger.

Als Beispiel für die zusätzlichen Aufgaben für die Stadt, ist der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren zu nennen. „Die Grünen halten die U3-Betreuung für eine absolute Notwendigkeit“ so Monika Vogel, Mitglied im Sozialausschuss. „Allerdings kann es nicht sein, dass es zwar Zuschüsse für die Investitionen in diesem Bereich gibt, dann aber die Kommunen mit der Finanzierung der Angebote auf sich selbst gestellt bleiben“ fährt sie fort. „Eine Mitfinanzierung der regelmäßigen Betriebskosten durch das Land Hessen ist zwingend notwendig. Kommunen erfüllen originäre Aufgaben der Daseinsfürsorge und benötigen hierzu auch die notwendigen finanziellen Mittel,“ wie Monika Vogel weiter deutlich macht.

Auch muss nach Meinung der GRÜNEN die dringend benötigte Gemeindefinanzreform durchgeführt werden, die die Finanzierung der Kommunen wieder auf eine solide Basis stellt. So soll unter anderem die Gewerbesteuer so reformiert werden, dass auch gut verdienende Selbstständige, wie z.B. ÄrztInnen, SteuerberaterInnen und RechtsanwältInnen ebenfalls veranlagt werden. Auch diese Gewerbetreibenden Nutzen die gute Infrastruktur von Maintal ohne bisher ihren Beitrag dafür zu leisten. Diese deutliche Forderung der Grünen wird auf Bundes- und Landesebene schon seit Jahren erhoben.

Doch alleine das Formulieren an Forderungen löst nicht das Problem der Stadt. Um die Verwaltung handlungsfähig zu erhalten, setzen sich die Grünen für die zügige Verabschiedung eines Haushaltes für 2011 ein. „Und hier sind wir GRÜNEN - im Gegensatz zu SPD, FDP und der WAM- bereit und willens Verantwortung zu übernehmen“ betont Peter Arendt. Das mit dem Haushalt vorgelegte Konsolidierungsprogramm zeigt dabei einen Weg in die richtige Richtung an. Alle Budgetverantwortlichen sind aufgefordert, gemeinsam mit den Beschäftigten nach Einsparpotentialen zu suchen. Dieser Weg, der an die vor Jahren beendete Verwaltungsreform anknüpft, ist nach Auffassung der Grünen der einzige gangbare. Die Vorschläge der Fachdienste über Leistungen und Kosten, die möglicher Weise gestrichen werden können, sollen dann den gewählten VertreterInnen der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. „Dieser demokratische Weg muss auch Bürgerinnen und Bürgern transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Die Politik muss dann die Verantwortung dafür übernehmen, welche Leistungen zukünftig auf welchem Qualitätsniveau angeboten werden sollen,“ betont Peter Arendt

Doch alleine nach weiteren Einsparpotentialen zu suchen, wird nach Ansicht der GRÜNEN nicht ausreichen, Maintal braucht auch eine Entlastung auf der Einnahmeseite. Eigene Möglichkeiten zur Erhöhungen der Einnahmen gibt es allerdings für die Kommunen nur sehr wenige. Der Magistrat schlägt eine Erhöhung der Grundsteuer vor. Die Grüne Fraktion unterstützen diesen Vorschlag, denn dieser belastet alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gleichermaßen. Sowohl die Privathaushalte wie auch die Gewerbetreibenden wären dadurch betroffen. So bedeutet die vorgeschlagene Erhöhung für eine Familie in einer 4 Zimmer Wohnung ungefähr 10 Euro Mehrkosten jährlich, Besitzer/innen eines Reihenhauses werden mit mindestens 40 Euro jährlich belastet und für Gewerbetreibende kann die Belastung sich auf über 1.000.- Euro erhöhen. „Wir glauben, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger diesen Weg eher mitgehen, als massive Kürzungen z.B. im Bereich der Kinderbetreuung oder einen Verkauf des städtischen Schwimmbades hinzunehmen. Letztendlich profitieren alle Bürgerinnen und Bürger von den Angeboten, die diese Stadt derzeit noch vorhält,“ erläuterte Monika Vogel

Natürlich haben wir GRÜNEN auch ausführlich über die Erhöhung der Gewerbesteuer diskutiert. Wir sind aber nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis gekommen, das eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zwangsläufig zu Mehreinnahmen in den städtischen Haushalt führt. Seit mehr als 4 bis 5 Jahren sind die Einnahmen -trotz Wirtschaftskrise - relativ konstant geblieben und werden es, so die Eckdaten im Haushaltsentwurf des Magistrates - auch bleiben. Mit dem gleich bleibenden Hebesatz von 380% erreichen wir zum einen, dass eine relativ hohe Zahl von Gewerbetrieben in Maintal überhaupt Gewerbesteuer zahlt, erhalten Arbeitsplätze und bleiben als Standort für Neuansiedlungen attraktiv. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde auch im Umkehrschluss eine Reduzierung des Anteils an der Einkommenssteuer bedeuten, denn seit 2007 können Betriebe, höhere Gewerbesteuern von der Einkommenssteuer absetzen.

Die GRÜNEN halten daher den vom Magistrat vorgeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung, der in einem gemeinsamen Dialog zwischen Verwaltung, Politik und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gegangen werden soll, für den richtigen Weg. Nicht verstehen können wir deshalb die Haltung der SPD, FDP und WAM. Sich über das unverantwortliche Handeln von Bund und Land zu beklagen und dabei die Problemlösung dem Magistrat auszudrücken ist verantwortungslos. Die populistische Verweigerungshaltung von SPD und FDP mag sich zwar gut verkaufen, löst aber kein einziges der gravierenden Probleme. Politik und Verwaltung müssen auch im Jahr vor der Kommunalwahl handlungsfähig bleiben,“ erklärte Peter Arendt abschließend für die GRÜNEN.